

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Zammer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Hölzstraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postkassentkonto Stuttgart 8906.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Der neueste Marksturzt

Zu wiederholtem Male ist hier von der Steigerung der Produktion die Rede gewesen. Ihre Unerklärlichkeit gedenken wir noch öfters zu erörtern, wie auch die Reihe ihrer Möglichkeiten zu vervollständigen. Zu diesem Tun bestimmt die Erkenntnis, daß es ein wirksameres Mittel zur Beseitigung unserer wirtschaftlichen Drangsal nicht gibt. Die gleiche Ansicht ist übrigens auch bei der organisierten Arbeiterschaft zu finden. Von ihr kann ohne Wagnis gesagt werden, daß sie gewillt ist, ihr ehrlich Teil zur Erfüllung der Unerklärlichkeit beizutragen. Sie tut das um des neuen demokratischen Staates wie um ihrer Klasse willen. In ihre staatsbürgerliche wie proletarische Pflicht braucht sie nicht gemahnt zu werden. Indessen, so groß auch ihr Pflichtbewußtsein ist, so groß ist es nicht, daß es zur Bereicherung der Sippe mit der weiten Tasche und dem noch weiteren Gewissen reichte. Die Arbeiterschaft hat nicht die geringste Neigung, die Produktion zugunsten von Raffle & Co. zu mehren. Ihre Schaffensfreude wird beträchtlich durch die handgreifliche Tatsache gedämpft, daß all ihre Anstrengung im Kriege wie im Frieden vornehmlich der Kapitalistenklasse zugute gekommen ist. Diese hat sich am Vaterlande in Gefahr wie am Volke in steigendem Elende bereichert. Nur noch mehr zu schenken, um die Reichen noch reicher zu machen, ist die Arbeiterschaft bestimmt nicht gesonnen. Bei ihr kann der Ruf nach Mehrleistung solange nicht den nötigen Widerhall finden, als nicht wirksame Vorkehrung dagegen getroffen ist, daß der größte Teil der Mehrleistung nur der Profitgenossenschaft zufließt. Pflichterfüllung der einen heißt Pflichterfüllung der anderen. Erst wenn Gesetzgebung und Regierung der Arbeiterschaft freudige Erfüllung ihres Pflichtteils erwartet werden.

Gesetzliche und sonstige Maßnahmen gegen die Plünderer unserer Not haben die Gewerkschaften in einem fort gefordert, auch gefordert, wie es geschehen kann. Daß sie nennenswerten Erfolg gehabt hätten, läßt sich wahrhaftig nicht behaupten. Wurde im Parlament oder Reichskabinett ein Besserungsversuch unternommen, so scheiterte er am Widerstand der Kreise, die aus der Verelendung Vorteil ziehen, oder an der bürokratischen Gleichgültigkeit. Übrigens waren solche Versuche jubelnd begrüßt. Im großen ganzen stand die Amts- und Parlamentspolitik im Zeichen der Fortwursterei. Jede Marktverschlechterung entlockte in den Amtsstuben wohl herzerweichende Klagen, aber keine Taten. Offenbar wurde gehofft, daß die Entwicklung schließlich alles von selbst zum Besseren wenden werde. Die Entwicklung führte in wachsender Schnelligkeit in die Tiefe, aber die Untätigkeit blieb. Auf den Ruf nach hemmenden, rettenden Maßnahmen kam der Hinweis auf den Versailler Vertrag, der die Grundursache des Übels sei, und auf die Rücksichtslosigkeit der übermächtigen Sieger, deren Widerspenstigkeit jede Abwehrmaßnahme erfolglos mache. Mit solchem Vorwand wurde das eigene Gewissen beruhigt, die strafwürdige Unterlassung gerechtfertigt.

Nun ist gewiß, daß das Nachwort von Versailles die Grundursache unseres Niederganges ist, wie es auch nicht bestritten werden kann, daß der vorletzte große Marksturzt auf den Mord an Rathenau und auch auf die Drohreden Poincarés zurückzuführen ist. Doch sind damit nur die wichtigsten Ursachen des Niederganges genannt. Daß es neben der außenpolitischen Quelle des Übels noch innerpolitische gibt, wird in diesen Tagen aller Welt offensichtlich. Durch den Abschluß des Abkommens mit Belgien haben wir auf Monate Ruhe vor der äußeren Qual, haben wir eine Atempause erhalten. Anstatt diese zu Maßnahmen der Besserung auszunutzen, blieb es weiter beim alten Schlendrian, mußte, was ohne viel Weisheit vorauszusehen war, eine neue Verschlimmerung eintreten. In kurzen Tagen ist der Dollar von etwa 1400 auf 3000 emporgeschossen, hat sich also der Markwert aufs neue um 100 Prozent verschlechtert. Auch für diesen Marksturzt den Friedensvertrag verantwortlich zu machen, geht nicht gut an. Diesmal läßt sich das Übel kaum anders als durch innerdeutsche Ursachen erklären. Dies geschieht denn auch. Vor allem wird die Verdrängung der Mark durch ausländische Zahlungsmittel im Innenverkehr genannt. Von deutschen Geschäftskleuten wird immer mehr Bezahlung in fremder, wertbeständiger Währung verlangt. Weiter steigert die Bezahlung von ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln die Nachfrage nach Devisen. Dann legt eine wachsende Zahl kleiner Leute ihre Spargroschen in Dollars und Franken an, um gegen Entwertung geschützt zu sein. Kurz, die „Flucht aus der Mark“ wird nachgerade einmütig als eine der wichtigsten Ursachen des neuesten Marksturzes genannt. Mit anderen Worten, das schwindende Vertrauen in die Mark hat deren Wert zu einer verschwindenden Größe gemacht.

Was ein Dollarstand von 3000 für das geschäftliche und persönliche Leben bedeutet, ist uns heute nur zu gut bekannt. Für ein Nahrungsmittel oder Kleidungsstück, das gestern 100 Mk. kostete, sind heute 200 Mk. zu bezahlen; für eine

Auslandsware, die einst mit 4 Mk., gestern mit 1400 Mk. zu bezahlen war, sind jetzt 3000 Mk. hinzulegen. Es werden einmal mehr in jedem Gewerbe oder Ort Lohnbewegungen anheben, wovon selbst die erfolgreichsten nur einen Teil dessen einbringen, was die neueste Geldentwertung verschlingt, so daß eine noch beträchtlichere Senkung der Lebenshaltung der Volksmasse, eine noch straffere Zuspürung des Hungerriemens die unausbleibliche Folge ist. Die Schichten, die schon lange nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen Leib und Seele zusammenhalten sollen, erhalten zahlreichen Zugung. Nicht nur das. Mit einer dermaßen entwerteten Mark ist für noch viel mehr Fabriken oder Industriezweige die Einfuhr von Rohstoffen ganz unmöglich geworden. Sie sind gezwungen, die Betriebe zu schließen und ihre Leute auf die Straße zu setzen. Daß sich die von Hunger, Kälte und Verweisung gepeinigten Arbeitslosen in christlicher Ergebenheit in ihr Schicksal fügen, ist bestimmt nicht anzunehmen, vielmehr ist es wahrscheinlich, daß sie der aufpeitschenden Stimme des leeren Magens folgen und Rechenhaft von denen fordern, die sie für die Urheber ihrer Drangsal halten.

Angeichts einer solchen Möglichkeit hat sich nun endlich die Fleisch gewordene Saumseligkeit, der deutsche Amtsschimmel in Bewegung gesetzt. Die Reichsregierung läßt eine Notverordnung gegen die Devisenspekulation anfordern. Alle Devisenankäufe sollen fortan der Außenhandelsstelle angezeigt werden müssen und Devisenankäufe dürfen nicht mehr stattfinden, wenn sie nicht zur Bezahlung von Einfuhrwaren benötigt werden. Diese Maßnahme muß heute, wo die Mark auf den sechsten Teil des Pfennigs heruntersinken ist, als reichlich verspätet und ziemlich zwecklos genannt werden. Die hohen Strafen, die dem Devisenhandel drohen, dürften sich als mächtige Förderung des Schleichhandels erweisen.

Entschieden nützlicher und erfolgversprechender dünkt uns die gleichzeitig mit dem Devisenhandelsverbot bekanntgegebene Ausgabe von goldbeständigen verzinsbaren Schatzscheinen. Ihrem Besitzer oder Käufer soll, ganz gleich wie der Marktstand, der Goldwert verbürgt sein und er sie immer nach dem jeweiligen Goldwert eingelöst erhalten. Diese Neuerung ist sicherlich nicht ungeeignet, die „Flucht aus der Mark“ zu hemmen, das Vertrauen zur deutschen Währung zu fördern. Denn wenn der deutsche Geldbesitzer oder Sparer eine wertbeständige Anlage hat, wird für ihn der Anreiz, nach fremden Werten zu greifen, bedeutend geringer sein. Die Schatzscheine haben freilich den Nachteil, daß sie, weil nur in Abschnitten von 500 Goldmark auswärts ausgegeben, für die Masse der Sparer und kleinen Leute nicht in Frage kommen. Denn wo sollen diese ein paar Hunderttausend Papiermark für einen solchen Schatzschein hernehmen? Werden die Scheine noch in kleinere Teile zerlegt, wäre der Devisenspekulation der Kleinen der starke Antrieb genommen. Allein, so notwendig Devisenhandelsverbot und wertbeständige Gelbanlage auch sind, man wird gut tun, nicht allzuviel davon zu erwarten. Zum ersten kommen sie viel zu spät, zum andern wird die Nachfrage nach fremden Geldmitteln durch den Zwang der Wareneinfuhr auch fernerhin sehr lebhaft gehalten. Solange die für die Begehung der Einfuhr benötigten Papierwerte nicht durch Sachwerte ersetzt sind, ist die Aussicht auf Besserung des Markturzes herzlich gering. Es bleibt auch weiterhin keine andere Besserungsmöglichkeit, als die Schaffung von realen Austauschwerten, das ist Vermehrung der Warenmenge und Entlastung der Einfuhrrechnung, das ist Verbot aller Waren, die nicht lebensnotwendig sind.

Mit finanzpolitischen Mitteln ist selbstverständlich das Problem unserer Not nur zu einem winzigen Teil zu lösen. Zu den kleinen Mitteln müssen sich größere, wirksamere fügen. Erfassung der Sachwerte und Sozialisierung geeigneter Industrien müssen nun endlich zur Tat werden. Denn erst wenn diese beiden Forderungen durchgeführt, ist Vorkehrung getroffen, daß nicht die Früchte unserer Arbeit, die Mehrleistung einzig und allein der Kapitalistenklasse in die Tasche fließt, sondern zum Nutzen des Staates und der Volksgemeinschaft ausschlägt. Erst wenn die Arbeiterschaft sichere Gewähr dafür hat, daß der hohe Zweck der Produktionssteigerung auch wirklich gewährleistet ist, ist von ihrer freudigen Mitwirkung zu erwarten. Erfassung der Sachwerte und Sozialisierung aber, die wesentlichen Voraussetzungen für die Mehrung der Warenerzeugung, sind auf dem Boden der Gesetzgebung zu erfüllen. Die Regierung konnte nur durch gefährliche Möglichkeiten zur Devisenkontrolle und Marktstabilisierung gedrängt werden. Daß sie nun einige Schritte weiter tut, wenigstens mit der Erfassung der Sachwerte beginnt, sollte durch ungelinden Druck der sozialistischen Parlamentsvertreter bewerkstelligt werden. Obneben ist zu beklagen, daß der Kantschimmel weiter in seinem Traumzustand verharrt und dadurch auch der neueste Marksturzt noch Wiederholungen erlebt.

Der große Metallarbeiterkampf in Österreich

Von J. Hannal (Wien)

Da der Hauptanlaß dieses großen, kürzlich zum Abschluß gekommenen Konfliktes der Inflation war, wird es ratsam sein, vorerst diesem einige Sätze zu widmen. Man kann im Grundsatz Freund oder Gegner der automatischen Gleitlöhne sein, aber man wird doch um die Tatsache nicht herumkommen, daß das Inzugesystem sich in Österreich seit Jahr und Tag so eingelebt hat, daß seine sofortige radikale Entfernung aus der Lohnpolitik allzu stürmische soziale Rückwirkungen auslösen müßte. Der Inzuges ist ja nichts anderes als ein Kind der Inflation und äußert sich genau so wie diese in einem bloßen Wortausweichen zufälliger Kaufkraft, während in Wahrheit selbst jeder vollausbezahlte Inzuges eine Abschwächung des Reallohnes mit sich bringt. So wie die Inflation ihre sozial und wirtschaftlich notwendige Periode gehabt haben mag, heute aber bei Gefahr des Unterganges der Volkswirtschaft nicht mehr hat, mag dies auch vom Inzuges gelten, dessen Lebenskraft zugleich mit der Lebenskraft der österreichischen Papierkrone gesunken ist. Immer lauter wird daher auch bei den Arbeitern der Ruf nach dem Loslösen vom Inzuges und der Rückkehr zu den früherer gewohnten gewerkschaftlichen Methoden. In diese auch in Arbeiterkreisen immer häufiger auftauchenden Stimmungen knüpften die Unternehmer an, als sie ihren eigenen Generalstreik gegen den Inzuges begannen. Nur sehen sie die Dinge natürlich von der entgegengesetzten Front her. Sie wollen Inzugesabbau bei fortwährender Geldentwertung, das Programm der Arbeiterschaft hingegen ist Abbau des Wertnotenbruchs, ist das sozialdemokratische Finanzprogramm, nach dessen Durchführung der Inzuges bei stabilisiertem Geldwert von selber absterben und den Übergang zu einer anderen Lohnartikelfreigabe werde. So steht also Prinzip gegen Prinzip, nicht in dem Sinne, als ob gerade uns nur an dem Inzuges gelegen wäre, sondern in dem Sinne, daß wir, solange die gegenwärtige Lotterwirtschaft des Staates andauert, den notwendigen, ohnehin unzulänglichen, aber immerhin einzigen Schutzwall gegen weitere Abschwächung des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten nicht preisgeben wollen.

Es ist klar, daß der Augenblick, in welchem sich fern von uns, in Genf, die Frage entscheiden sollte, ob die staatliche Lotterwirtschaft in der nächsten Zeit so weiter dauern wird wie bisher oder ob und welche einschneidenden Änderungen hier erfolgen werden — daß ein solcher Augenblick der Ungewissheit nicht geeignet war, über Prinzipien zu entscheiden, deren Auswirkung ja einem längeren Zeitraum stabiler Verhältnisse zu gelten hätte. Darum können wir für unseren Teil nicht recht daran glauben, daß die Unternehmer gerade jetzt auf den Entscheidungskampf um ein so ungewisses Prinzip verfallen gewesen sein sollten. Immerhin mag die Lust, der Arbeiterschaft endlich eine empfindliche Schlappe auf dem Gebiete der allgemeinen Entlohnungsgrundsätze beizufügen, mitgespielt haben. Hauptächlich aber haben sich die Unternehmer diesmal nicht so sehr gegen den Inzuges an sich, als vielmehr gegen seine die Höhe und deren angeblich trasses Mißverhältnis zu dem übrigen Stande der Wirtschaft gewendet.

Das erfordert also eine ganz kurze Betrachtung unserer wirtschaftlichen Lage. In diesem Belang hat sich seit den letzten Wochen bei uns ganz unversehens, ohne daß man es so recht gewahrt wurde, ein durchgreifender Wandel vollzogen. Aus einem der billigsten Länder der Welt sind wir zu einem der teuersten geworden. Die abwartende Haltung, welche die internationale Börse zu der Genfer Rettungsalaktion einnimmt, hat ein Stehenbleiben, ja sogar ein leichtes Zurückgehen der Devisenkurse bewirkt. Während so der äußeren Geldentwertung Einhalt getan worden ist, hat sich zugleich die Angleichung der inneren Geldentwertung an die äußere vollzogen und da die äußere eben zum Stillstand gekommen ist, konnte sie von der inneren diesmal vollständig eingeholt werden. Wir haben Weltmarktpreise erreicht, ja an vielen Punkten sogar überschritten.

Während dieser Prozedur in anderen Ländern immer damit eingeleitet wurde, daß der Geldwert auf den ausländischen Geldmärkten eine auffällige Bewegung nach oben antrat, ist das Geld in Österreich schon soweit vorgegriffen, daß das leiseste — sagen wir — Atemholen des schwer leidenden Wirtschaftsorganismus ganz dieselben Erscheinungen hervorruft wie der robuste Sejmungsprozeß glücklicherer, aufsteigender Länder. Während die Arbeiterschaft noch mit der furchtbaren Forderung ringt, stürmt bereits der Winstwind einer Abschwächung und drohender Arbeitslosigkeit heran. Hier stand die Leitung des Metallarbeiterkampfes vor dem ersten Dilemma. Ein Beharren auf den 91 v. D. wäre mit Rücksicht auf die vorangegangene Teuerung, deren Abschwächung in den letzten Tagen infolge der Verbilligung einiger Lebensmittel mehr zufälliger Natur zu sein scheint, durchaus gerechtfertigt. Aber die Industriellen klagen schon jetzt über die außerordentliche Geldknappheit, welche ja die Mehrheit der neuen Diskontopolitik der österreichisch-ungarischen Bank ist. Der Sinn dieser Diskontopolitik ist der, die Unternehmer zu zwingen, mit ihren Valutenbeständen herauszurücken und sich durch deren Verkauf die notwendigen österreichischen Zahlungsmittel zu beschaffen. Auch das wirkt verbessernd auf den Stand der österreichischen Krone ein.

Auf so schwankenden Grundlagen begegnet die gewerkschaftliche Forderung also unausdenkbaren Schwierigkeiten. So schwierig aber auch die Aufgabe des Metallarbeiterverbandes war und so sehr sie Klugheit, Mut und Gewissenhaftigkeit erforderte, das war den Führern der Bewegung keinen Augenblick zweifelhaft: unter ein gewisses, mit der menschenwürdigen Existenz der Arbeiter noch vereinbarliches Mindestmaß an Forderungen konnte und durfte

nicht heruntergegangen werden. Die Leiter des Metallarbeiterverbandes wußten, mit welchen Konsequenzen sie im Falle des Abbruches der Verhandlungen und dem Ausbruch des offenen Krieges zu rechnen hatten. Sie wußten aber auch, was ein Streik dieses Großgewerbes zu bedeuten hatte. Mit ihren Familien wären es über eine Million Menschen, ein Sechstel der Gesamtbevölkerung gewesen, die von dem Ausstand ergriffen worden wären und dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß Krieg in der Metallindustrie auch Krieg an allen anderen Fronten bedeutet hätte, daß wir also geradezu mit einem Generalstreik zu rechnen hätten. Doch selbst nur auf die Metallarbeiter beschränkt, wäre dieser Streik fürchterlich genug gewesen. Wenn man nun erwägt, daß schon die Solidaritätsaktion für die vor kurzem streikenden 25 000 Buchdrucker eine Milliarde wöchentlich erforderte, so kann man sich leicht vorstellen, daß ein gigantischer Streik von vielen hunderttausenden Menschen in Österreich heute beinahe überhaupt nicht zu finanzieren ist, also von Anfang an die härtesten Opfer von den feindlichen Arbeitern und deren Angehörigen erfordert hätte.

Für die kämpfenden Gewerkschaften aber stand der Gewissenszwiespalt so: als Gewinnchance erschienen ein paar Indezprozent mehr, als Verlustchance hingegen der katastrophale Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft. Die Gewinnchance bedeutete einen provisorischen Erfolg, der am 15. Oktober, dem nächsten Stichtage des Jubel, schon wieder hinfällig sein konnte, zumal ja bis dahin auch die Genfer Entscheidung gefallen sein mußte, die Verlustchance hingegen konnte unsern endgültigen Untergang bedeuten. Der Einsatz war riesenhaft groß, verglichen mit der verhältnismäßigen Geringfügigkeit des erreichbaren Gewinns.

In dieser wahrhaft dramatischen Lage haben nun unsere Gewerkschaftsführer mit meisterlichem Geschick operiert. Sie erkannten den zentralen Punkt der so vielfältig verschlungenen Interessen. Dieser zentrale Punkt war der notwendigerweise provisorische Charakter alles dessen, was in Österreich vor der endgültigen Stellungnahme des Parlamentes zu den Genfer Beschlüssen geschieht. Hieran schloß sich die Taktik der im Lohnkampf an der Spitze marschierenden Metallarbeiter und mit ihnen der anderen Branchen. Man steuerte zielbewußt auf einen vorläufigen Waffenstillstand hin, um zunächst die Ergebnisse von Genf abzuwarten, die uns ja dann vor eine vollkommen neue Situation stellen werden. Man mußte sich also unter äußerlicher Betonung des bloßen Provisoriums auf einer Mittellinie bewegen, die weder den Interessen der Arbeiter zunahert, noch die gegenwärtige Stabilität der Wirtschaftsverhältnisse beeinträchtigt. Das ist durch das schließlich gefundene Kompromiß ausgezeichnet geglückt. Die Abstufung von 80 v. H. Jubel für die niedrigsten Verdienner, herab sinkend bis zu rund 60 v. H. für die Spitzenverdiener ist nicht nur eine Durchsetzung des auch von uns zu billigen Grundgedankes der Verminderung der Spannung zwischen den hohen und niederen Löhnen, sondern belastet durch den durchschnittlich bloß 70 v. H. betragenden Geldmehrbedarf den Geldmarkt natürlich weit weniger, als es bei 91 v. H. der Fall gewesen wäre. Da die Unternehmer ja schließlich erklärt haben, den Durchschnitt von 70 v. H. leisten zu können, obwohl ihnen das Wechselkomplexe der österreichisch-ungarischen Bank nicht gefügig ist, braucht aus diesem Titel mit einer nur unbedeutlichen Vermehrung der Banknotenummenge gerechnet zu werden und da, wie wir erwähnten, in den letzten Tagen sogar eine kleine Verbilligung insbesondere der Lebensmittel eingetreten, der am 15. September errechnete Jubel von 91 v. H. also ganz bestimmt nicht mehr war, sondern um einige Hundertteile niedriger ist, wird die diesmalige Jubelauszahlung gewiß keine nennenswerte Leuerung herausbeschreiben, wird sich also die Arbeiterschaft vielleicht zum erstenmal seit der Errichtung des Jubel durch ihn nahezu ihre volle Kaufkraft zu erhalten vermögen, wird also trotz oder vielleicht gerade wegen der Abschmähung von 91 v. H. auf durchschnittlich 70 v. H. im ganzen einen kaum geringeren Reallohn erringen, als er bei voller Auswirkung der 91 v. H. -Leuerung, Arbeitslosigkeit usw. - betragen hätte. Und dabei gilt die ganze Abmachung nur als ein Ubergangsstadium, so daß wir in einem Monat bereits wieder freie Hand zu anderen Entschlüssen bekommen.

Wiederaufbau und Gewerkschaften

Am 22. September fand in Köln eine Konferenz statt zwischen dem französischen Komitee für die verwüsteten Gebiete und den Vertretern des deutschen Verbandes Sozialer Baubetriebe. Die Zusammenkunft hatte den Zweck, zwischen den beiden Organisationen ein Verständigung- und Verständigungsabkommen zu vereinbaren, das die in der Öffentlichkeit beider Länder tätigen Schwäger des Abkommens Stimmensübertrag befestigt und unter Ausschaltung spekulativer Gewinnstreber sich in erster Linie auf die Beschädigten des Reichs einstellt, während es andererseits die Interessen des Deutschen Reiches berücksichtigt. Die Vertreter beider Länder haben sich über den materiellen Inhalt des abzuschließenden Vertrages grundsätzlich geeinigt und verständlich, Anfang Oktober in Berlin erneut zusammenzukommen, um den Vertrag abzuschließen. Es handelt sich dabei um eine Fortsetzung der fortwährenden Schluß von den organisierten Arbeitern Deutschlands und Frankreichs eingeleiteten Bestrebungen.

Der Autofönig erzählt

5. Bewegliches Zusammenfahrverfahren - Wiederholungsarbeit.

Es wird des Verständnisses halber gut sein, hier eine Einschaltung zu machen. Ford erzählt wiederholt von dem großen Wert des beweglichen Zusammenfahrverfahrens. Dies bedarf einer kurzen Erläuterung. In diesem Werke führen wir Friedrich Dejaner (in seinem Buch: *Autofönig*, Verlag Köpfer & Pustet, München). Er schildert das Verfahren folgendermaßen: Ein Transportband läuft entlang dem Boden einer großen Halle. In beiden Seiten haben Arbeiter mit Geräten und hinter ihnen oder an ihrer Seite Geräte mit Rollen, die automatisch nachgeführt werden. Am Anfang des Bandes wird ein (Auto-)Wagen aufgelegt. Der Wagen läuft nun mit und fährt ein Arbeiter folgt dem Wagen ein Schritt zu, der nächste, indem er zwei Schritte nachgeht, zieht ein Schritt zu; auf der anderen Seite geschieht gleiches. Der Wagen bewegt sich im Ganzen keine Zelle weiter mit der Hand, andere durch Gänge, durchgehende; jeder Arbeiter folgt immer wieder an der gleichen Stelle an, immer das gleiche Ziel, besterfalls Schritt, den er geschickt, richtig und schnell machen kann. Jedes Ziel, das kommt, wird natürlich auf den Wunsch eines Mannes genau gehen, das heißt, alle Teile einer Art müssen durchaus gleichzeitig und präzise gearbeitet sein, sonst geht das Ganze. Jetzt wird der Wagen angehalten. Dann über jenseitigen Arbeitsplätze weiter ist er fertig verbunden und verfährt weiter. Jeder, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter, alles wurde auf diese Weise gemacht. Zuletzt hat ein Mann den Transportband auf die Maschine, er wird festgehalten, Helfer, Arbeiter, Helfer; ein Arbeiter folgt auf, der Motor läuft an und der fertige Wagen fährt mit eigener Kraft vom Ende des Transportbandes in den Fahrweg, wo die Arbeiterwartung bereitsteht.

Der Ford (des Autofönigs) erzählt eines Tages folgendes: Von 100 bis 200 A (100 bis 500 Dollar). Ford hat ein Ziel erreicht. Das Wissen über das Leben der Arbeiter...

Vom Wunsche befehle, an der Verfassung der Völker wirksam mitzuarbeiten, erklärte sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung bereit, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete tätig und ohne Gewinnabsicht mitzuarbeiten. Im Einverständnis mit der französischen Gewerkschaftsbewegung versuchten die Vertreter der deutschen Arbeiter wiederholt, die französische Regierung zur Annahme der verschiedenen zu diesem Zwecke ausgearbeiteten Pläne zu bewegen. Aber die damaligen nationalpolitischen französischen Kabinette, die jeder internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wiederaufbaues feindselig gegenüber waren, konnten es nicht zulassen, daß die Arbeiter im Geiste der Solidarität das Werk des Wiederaufbaues in die Hand nehmen.

Die von der Arbeiterbewegung und besonders vom Internationalen Gewerkschaftsbund vertretenen Ansichten gewannen in der Frage der Wiedergutmachungen jedoch immer mehr an Boden. Man erinnert sich auch der Abordnung des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Nordfrankreich. In seinen Sitzungen vom 14., 15. und 31. März sowie vom 1. April 1921 forderte er in der energischsten Weise eine internationale Regelung der Frage der Reparationen und des Wiederaufbaues. Er beurteilte die Politik der Kreise, die darauf ausgehen, das Problem der Wiedergutmachungen nur finanziell zu lösen.

Der Abschluß des Abkommens von Wiesbaden (Oktober 1921) über die Sachleistungen eröffnete neue Ausblicke. Der französische Gewerkschaftsbund und besonders die Bauarbeiter und die Organisation der Techniker setzten sich mit dem deutschen Verband der sozialen Baubetriebe ins Einvernehmen. Man sah den Wiederaufbau von elf Dörfern zwischen Chaulnes und Veronne ins Auge. Der französische Wiederaufbauminister Loucheur, der Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens, erklärte sich im Grundriss mit diesem Plan einverstanden. Die auf sein Ansuchen vom Aktionskomitee für die verwüsteten Gebiete veranstaltete Abstimmung ergab, daß die große Mehrheit der Beschädigten die Verwendung deutscher organisierter Arbeitskräfte für den Wiederaufbau ihrer Dörfer freudig begrüßte. Doch die am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete interessierten kapitalistischen Gruppen konnten diesen Erfolg der Arbeitergilden, die ohne Gewinnabsichten bauen wollten, nicht dulden. Die durch das Wiesbadener Abkommen durch die Lieferung von Materialien und Arbeitskräften geschaffenen Vorteile sollten den Unternehmern zugute kommen.

Der Minister veranstaltete eine zweite, diesmal offizielle Abstimmung. Die Regierung behielt sich alle Mittel zur Beeinflussung der Abstimmenden. Es ergab sich eine kleine Mehrheit gegen den Plan der Arbeiter, der nun nicht ausgeführt werden konnte. Dieser Mißerfolg bewirkte jedoch nicht, daß die Urheber des Projektes die Idee der Verwendung deutscher Arbeitskräfte fallen ließen. Sie waren bereit, mit ihren Bestrebungen von neuem zu beginnen. Sie konnten dies jedoch erst tun, nachdem sich die kapitalistischen Interessengruppen sozusagen das Monopol für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gesichert hatten.

Vom kapitalistischen und nationalistischen Gesichtspunkte aus hatte das Wiesbadener Abkommen Fehler, die zuerst beseitigt werden mußten. Es sah die Schaffung eines deutschen Organismus vor, dem die Aufgabe zufallen sollte, die Leistungen der Beschädigten zu zentralisieren. Die Industrie, die Behörden sowie die Gewerkschaften sollten in diesem Organismus, der die eingegangenen Bestellungen wieder unter die deutschen Fabriken zu verteilen hatte, ebenfalls vertreten sein. Es wurde vereinbart, daß dieser „Lieferverband“ die Verteilung entsprechend den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen habe, um ungehörige Gewinne zu vermeiden und die strikte Einhaltung der Arbeitergesetzgebung zu sichern. Den Kapitalisten der beiden Länder habe diese vom Lieferverband auszuführende Kontrolle nicht. Die kapitalistischen Gruppen Deutschlands und Frankreichs zogen ein Verfehlungs- und Bestellungsstadium ohne Kontrolle vor. Unter dem Druck der Entente unterzeichnete Deutschland den Vertrag Wemelmans für Belgien; der Vertrag Gillet für Frankreich folgte. Diese Verträge bestimmten, daß die Bestellungen von den Beschädigten oder ihren Vertretern direkt und den üblichen kaufmännischen Gepflogenheiten zufolge bei den deutschen Lieferanten gemacht werden sollten. Der Vertrag zwischen Stinnes und Duberjac ist ein Ergebnis dieses Abkommens. Andere ähnliche Verträge werden vorbereitet oder sind bereits abgeschlossen.

Schulmeisterliche Schiefmüdigkeit

Die Reichsliche Schulzeitung bringt einen: Das wahre und das falsche Proletariat betitelt den Aufsatz, worin den Arbeitern, besonders den Vergleichen klassenegoismus vorgeworfen wird, der auf Ausbeutung des Staates und der Allgemeinheit durch die Handarbeiter hinausläuft. Im einzelnen stellt der Verfasser des Aufsatzes fest:

Beide Schichten der handarbeitenden Bevölkerung sind heute keine Proletariate, keine Klassen mehr, denn für sie ist die soziale Frage gelöst. Dies kann man beobachten bei Meistern und sonstigen Arbeiterführern, wenn die gut gekleideten und genährten Proletariate die Straßen durchstreifen. Die wirklichen Proletariate sind heute in den geistigen Arbeitern, kleinen Rentnern u. dergl. zu finden. Die organisierten Arbeiter-Massen haben Staat und Allgemeinheit vollständig aus und soll man sich nicht durch deren Schlagworte verblenden lassen. Die Rot der geistigen Arbeiter (insbesondere wohl der Lehrer), der kleinen Rentner und des Mittelstandes ist zurückzuführen auf den großen Anteil der handarbeitenden Klasse am Nationalvermögen. Sie meinen, der Verfasser, man müsse endlich den Rot haben, diese Erkenntnis der öffentlichen Meinung einzuwirken. Für sich selber kommt der hiehere Zeitgenosse zu dem Schluß: Der Klassenbarone, die den Lohnforderungen der Vergleichen ein halt gegeben hätten, sei der Dank der Allgemeinheit auszusprechen. Jetzt würde sich die ganze Öffentlichkeit hinter die Vergleichen beugen. Die Arbeitgeber müßten das, was sie am Lohne der begehrtlichen Handarbeiter sparen, den geistigen Arbeitern zu-

führt zur Arbeitsstätte und läßt seinen Wagen, mit einem Sicherheitsgürtel gesichert, außen im Freien stehen. Nach der Arbeit oder dem Theater steigt man wieder ein...

Die obige Schilderung läßt erkennen, daß in dem Ford'schen Wiederaufbau die Tätigkeit Wiederholungsarbeit, eine sich den lieben langen Tag genau wiederholende Bewegung ist. Der Mann bewegt sich wie eine Maschine. Die Wirkung einer solchen Tätigkeit auf Geist und Körper ist vielfach als überaus schädlich erkannt worden. Ford selbst, der hieher eingehende Untersuchungen anstellen ließ, ist ganz anderer Meinung. Hören wir, was er darüber sagt:

Wiederholungsarbeit, eine verrichtete immer und immer wieder und fast in der nämlichen Weise tun, ist eine fürchterliche Sache für eine gewisse Geisteszustimmung. Ich persönlich konnte wahrscheinlich nicht tagaus, tagein die gleiche Verrichtung machen; aber für andere Geister, ich möchte behaupten sagen für die Mehrzahl hängt die Wiederholungsarbeit keinen Schaden. In der Tat ist für eine bestimmte Art von Menschen die Gewohnheit ausschlaggebend. Für sie ist die ideale Beschäftigung die, wo der Geist sich nicht anspannen braucht. Die Arbeit, wo Geist und Muskelarbeit gleichzeitig nötig ist, findet wenig Liebhaber. Der Durchschnittsarbeiter wünscht, ich weiß es leider gesehen, eine Arbeit, wo er wenig körperliche Anstrengung aufbringen, vor allem aber, wo er nicht zu denken braucht. Leute, die das haben, was man im jenseitigen Geist nennt, und die gewisse Erfindungen gründlich kennen, sind geneigt, anzunehmen, der Geist der anderen Menschen sei ebenso einfach. Daher ihr Mißverständnis mit dem Arbeiter, der tagaus, tagein fast die gleiche Verrichtung ausübt.

Von Selbsterkenntnis wie verfehlt werden, Wiederholungsarbeit gefährt die Seele ebenso wie den Körper. Hierfür haben unsere eigenen Untersuchungen keinen Beweis. Hierfür war ein Beispiel von dem vielen: Der hiehere einen Mann, der den lieben langen Tag weiter nichts tat, als mit dem Fuß eine Maschine anz- und einwärts. Er meinte, die Fingerringe mache ihn einseitig. Die ärztliche Untersuchung ergab nichts dergleichen. Selbstverständlich wurde er an eine andere Arbeit gesetzt, die nicht die gleichen Nachteile hatte. Ein paar Wochen später wollte er wieder an die frühere Beschäftigung...

gute Krümmen lassen. Für die geistigen Arbeiter müsse der Arbeitgeber ein warmes Herz haben, ansonsten sie - in das Lager des Sozialismus gestossen würden.

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung, das Blatt der Begehren, drückt sein Wohlgefallen an dieser schulmeisterlichen Schiefmüdigkeit dadurch aus, daß sie den Aufsatz nachdruckt. Wobei man sich nun freilich nicht aufhalten braucht, denn ein Unternehmerrblatt wird immer einen freundlichen Blick für den haben, der den Fabrikarbeitern Selbstsucht vorwirft und zu Lohnkürzungen auffordert. Doch aber dieses Wohlgefallen sich in klingender Münze für den Prediger der Lohnbrüder auszudrücken, kann nur einer wünschen und hoffen, der über die wirtschaftliche Erfahrung eines Säuglings verfügt.

Doch lehnen wir zu dem Aufsatz der Schulzeitung zurück. Der Verfasser wirft den Handarbeitern Klassenegoismus vor, während er sich über seine Schicht auf Kosten der Handarbeiter bereichern will. Er behauptet schamlos, die soziale Frage sei für die Masse der Handarbeiter gelöst. Vor dem Kriege sei wohl die und da unter den Arbeitern Not gewesen, jetzt aber sei sie ganz wo anders zu suchen. Der gute Mann hat offenbar noch nichts davon gehört, daß die Lohnsteigerung, allgemein gesprochen, höchstens eine 150fache ist, während die durchschnittliche Steigerung der Preise mehr als das 250fache beträgt. Er weiß nicht, daß jetzt Kohle und Eisen 400mal, Zerkitten, Leder u. dergl. 41mal, Fleisch, Kartoffeln, Korn 270- bis 365mal teurer sind als vor dem Kriege, daß sich dieser wahnsinnigen Wertsteigerung gegenüber der Lohn bloß um das 150fache gesteigert hat.

Angesichts solcher handgreiflicher Tatsachen von einer Ausbeutung der Industrie durch die Handarbeiter reden, heißt seine Schiefmüdigkeit oder Schiefmüdigkeit, wenn nichts Schlimmeres, eingestehen. Der deutsche Arbeitgeber braucht eigentlich gar keinen Lohnabbau wie sein Genosse in England und Amerika zu betreiben, weil das die Geldentwertung viel gründlicher besorgt. Das Berliner Tageblatt (vom 24. September) brachte schon den Nachweis, daß die deutschen Kapitalisten an das Ausland billiger liefern als an ihre eigenen Bankräuler. Im Inland also hohe Preise, das ist Niederhalten der allgemeinen Lebenshaltung, für das Ausland billige Waren und für sich selbst fetter Gewinn.

Selbstverständlich leugnen wir nicht die überaus trostlose Lage der geistigen Arbeiter und ihrer Schicksalgenossen. Wir wissen sehr wohl, daß die Proletariate im Stehragen meist noch schlimmer leiden als die Handarbeiter. Aber eine Besserung läßt sich nicht durch An- und über ungenutzten erzielen, die ein vollgültig Maß von Schulden an unserm Elend haben, sondern durch klare Erkenntnis der Ursachen der schlimmen Dinge und durch Eintritt in die Kampffront der Fabrikproletariate. Das möchten wir dem Verfasser des Aufsatzes der Schulzeitung ebenso freundlich wie eindringlich gesagt haben. J. B.

Die verschärft anhaltende Leuerung

wird erneut durch die Großhandelspreiskoeffizienten der „Frankfurter Zeitung“ beleuchtet, die ergibt, daß die Großhandelspreise der Waren am Anfang Oktober, also noch vor der erneuten Verschlechterung der Mark, 50 v. H. über den am Anfang ermittelten Preis lagen. Das die Leuerungsgang hier nicht so stark ist, wie nach der Reichsindexzahlen für die Lebenshaltung, liegt daran, daß es sich in letzterem Falle um Durchschnittsergebnisse für den Kleinhandel handelt, die sich in der Statistik anders auswirken. Ist nämlich die Reichsindexzahlen im August um 40,9 und im September um 71,5 v. H. gestiegen, so hatte die nach Stichtagen ermittelte Differenz der Frankfurter Zeitung bereits Anfang September eine Wertsteigerung um 100 v. H. angezeigt, der jetzt nur eine weitere Wertsteigerung um 50 v. H. gegenübersteht. Anfang dieses Monats waren die Preise von 98 Waren des Großhandels im Durchschnitt auf den 44fachen Friedenspreis ermittelt. In der Spitze markierten wieder Textilien, Leder usw. mit dem 277fachen Friedensstand. Lebens- und Genussmittel und ähnliche Waren standen auf der 366fachen Wertsteigerung. Wemerkenswert ist, daß der Leuerungsgang neben den vorwiegend aus Auslandsprodukten hergestellten Waren am stärksten bei Fertigfabrikaten der deutschen Industrie war, diese haben sich von 227fachen auf den 350fachen Friedensstand erhöht, also um mehr als 50 v. H., um die sonst die Leuerung im Großhandel fortgeschritten ist. Das dürfte zum erheblichen Teil darauf zurückzuführen sein, weil die Industrie mehr und mehr zur Fakturierung in Goldmarkt und damit zur beschleunigten Anpassung an die Weltmarktpreise übergeht. Die Preise zeigen noch weiter eine stark ansteigende Tendenz und diese Entwicklungstendenz wird noch härter betont durch die Tatsache, daß seit dem 1. Oktober mit der Wertsteigerung der Frachten und dem neuen Kurssturz der Mark sowie der Kohlenpreiserhöhung noch neue Umstände eingetreten sind, die die Preise in die Höhe treiben. Dabei ist aber im Auge zu behalten, daß es sich um Großhandelspreise handelt, die der Preisentwicklung im Kleinhandel vorausgehen.

450 Milliarden schwebende Reichsschuld

Am 1. April 1921 betrug die schwebende Schuld des deutschen Reiches an diskontierten Scheckanweisungen 166,3 Milliarden Mark. Bis zum 31. März 1922 vermehrte sich die schwebenden Schulden um 150,6 Milliarden Mark. Sie sind also im Laufe des Etatsjahres um reichlich 60 v. H. gewachsen. Seit dem 1. April dieses Jahres, wo also die gesamte schwebende Schuld des Reiches 271,9 Milliarden Mark betrug, bis Ende September ist sie abermals um 178,9 auf 450,8 Milliarden Mark gewachsen. Während im ganzen vorigen Etatsjahr die schwebende Schuld um 60 v. H. gewachsen ist, ist sie in der ersten Hälfte des laufenden Etatsjahres allein um 65 v. H. gewachsen. Dieses rasche Anwachsen der Schuld ist eine Folge der besonders starken Geldentwertung der letzten Zeit. Allein im Monat September ist die schwebende Schuld um 119,5 Milliarden Mark angewachsen, also in diesem einen Monat in stärkerem Maße als im ganzen Rechnungsjahr 1921/22.

Die gründlichste Forschung hat noch nicht einen Fall aufzuweisen vermocht, wo der Geist durch Arbeit verdrängt oder getötet worden ist. Die Geistesarbeit, welche die Wiederholungsarbeit nicht liebt, ist bei uns nicht gezwungen, an ihr zu bleiben.

6. Keine Bürokratie - Keine Titel

„Ein Titel gleicht der Brusttauschel: Dieser Mann hat weiter nichts zu tun, als sich für wichtig, alle anderen für minderwertig zu halten.“

Wogegen man am schwersten ankämpfen muß, erklärt der erfahrene Ford, wenn man eine große Zahl Menschen zusammenbringt, ist der Ausbruch der Organisation, der Bürokratie. Nach meiner Ansicht ist ein Geschäft keine Maschine, sondern die Zusammenfassung von Menschen zu dem Zweck, Arbeit zu verrichten, aber nicht sich gegenseitig Briefe zu schreiben. Es ist für keine Weltabsicht nötig, daß sie weiß, was eine andere tut. Es ist nicht erforderlich, Zusammenkünfte abzuhalten, um gute Stimmung zwischen Einzelpersonen oder Abteilungen zu stiften. Es ist nicht notwendig, sich gegenseitig zu lieben, um zusammenzuarbeiten.

Ford's Worte haben keine Rinde der Antarktis oder Autorität, kann einen Titel und keine Konferenzen. Sie haben die fälschliche Bürokratie, keine Aufzeichnungen oder Register, folglich keine Bürokratie. Nur die Anweisungen müssen schriftlich gemacht werden. Dies ist die einzige Schreibarbeit, verursacht durch die Notwendigkeit, den verantwortlichen Mann für eine Unterweisung festzustellen. Durch die schriftliche Ausfertigung wird das Duzen vor der Verantwortung unterbunden.

Generaldirektor? Ein solcher Titel besteht nicht. Ein Mann ist verantwortlich für das Werk. Er hat noch zwei Mann mit sich, ohne daß deren Pflichten umschrieben wären. Jeder hat sich seinen Tätigkeitskreis selbst umschrieben. Dies mag wie ein Durcheinander erscheinen, ist es aber nicht. Sie geraten sich wegen Kompetenzunterschieden nicht in die Haare, weil für sie keine Ursache vorhanden ist, über Titel und Autorität nachzudenken. So, wenn jeder ein Büro mit allem Drum und Dran hätte, er würde bald seine Zeit mit Verwirrung darüber

